Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Société suisse d'histoire
Società svizzera di storia
Societad svizra d'istorgia

Präsentation «Schweizer Geschichte in Schule und Forschung»

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,

Sehr geehrte National- und Ständeräte,

Caro Presidente du Comité international des sciences historiques,

Chères collègues, chers amis de l'histoire,

Es freut mich sehr, Sie als Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) zum diesjährigen Anlass der parlamentarischen Gruppe «Geschichte» begrüssen zu dürfen. Wir wollen heute eine Bestandesaufnahme zum Stand der Schweizer Geschichte in Schule und Forschung vornehmen und politischen Handlungsbedarf skizzieren.

Um gleich auf den Punkt zu kommen: Wir halten die historische Forschung und die Geschichtsvermittlung in Anbetracht der aktuellen geopolitischen Lage, den globalen Machtverschiebungen und ausländischen Desinformationskampagnen für besonders relevant.

Wir sind der Überzeugung, dass ein starker Geschichtsunterricht in den Schulen und eine lebendige historische Forschung erheblich zur gesellschaftlichen Resilienz beitragen können. Dabei schöpft die Geschichte ihre Kraft nicht durch einseitige Darstellungen, sondern gerade durch die Gegenüberstellung und Diskussion unterschiedlicher Deutungen.

Genauso wie in der Politik gibt es nämlich auch in der Geschichte einen Wettbewerb der Ideen und Interpretationen. Insofern trägt die Geschichte auch zur Diskussionskultur in unserem Land bei, indem wir einander zuhören und argumentieren müssen.

Wir haben den heutigen Anlass wie folgt geplant: Zuerst wird SGG-Generalsekretär Flavio Eichmann einen Überblick über die Forschungslandschaft zur Schweizer Geschichte geben, danach wird der Leiter der SGG-Abteilung «Historische Bildung» Kijan Espahangizi den Stand des Fachs Geschichte in der Schule erläutern.

Zu guter Letzt wollen wir auf Basis des Gezeigten den politischen Handlungsbedarf aufzeigen.

Teil Flavio Eichmann – Forschung:

Wie steht es um die Forschung zur Schweizer Geschichte? Stimmt es, dass die «Schweizer» Geschichte an den Hochschulen abgeschafft wurde, wie dies in Medien und Politik immer wieder kolportiert wird? Zunächst ein paar grundlegende Beobachtungen: An fast allen Schweizer Universitäten wird Geschichte als eigenständiges Fach geführt. Historisch ausgerichtete Lehrstühle finden sich aber auch an zahlreichen anderen Instituten, etwa in den Rechtswissenschaften, in der Theologie, zudem an Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen. Je nachdem wie gezählt wird, gibt es aktuell rund 50 Lehrstühle für Geschichte in der Schweiz. Zudem leisten auch ausseruniversitäre Forschungszentren wie die Documents diplomatiques suisses, die Rechtsquellenstiftung und freischaffende Historikerinnen und Historiker einen wichtigen Beitrag zur Forschung. In der Schweizer Hochschullandschaft gibt es allerdings nur vier ordentliche Lehrstühle, deren Denomination explizit der Schweizer Geschichte gelten, zwei in Genf und zwei in Bern, wobei es mich sehr freut, dass die Lehrstuhlinhaber:innen der beiden letzteren heute hier sein können. Heisst das nun, dass die Schweizer Geschichte in der hiesigen Forschungslandschaft völlig marginalisiert wird? Ich kann Sie beruhigen, das ist nicht der Fall!

Auch wenn viele Lehrstühle in Geschichte sich nicht explizit der Schweizer Geschichte widmen, befasst sich ein Grossteil der in der Schweiz publizierten historischen Forschung in der einen oder anderen Form der Schweizer Geschichte, wie folgende Zahl unterstreicht: Obwohl es an der Universität Zürich nominell keinen Lehrstuhl für Schweizer Geschichte gibt, befassen sich rund 80 % der eingereichten Dissertationen mit einem Thema der Schweizer Geschichte. Die Schweizer Geschichtsforschung ist sehr lebendig und hat sich in den letzten Jahren inhaltlich und methodisch enorm weiterentwickelt. So wird in der Schweiz zur Geschichte der Logistik, zu Knabenschaften in der Frühen Neuzeit, zur Migration in und aus der Schweiz, zu den kolonialen Verflechtungen der Schweiz, zur Geschichte fürsorgerischer Zwangsmassnahmen, zur Geschichte der ersten Parlamentarierinnen, zu den Beziehungen der Kantone mit europäischen Grossmächten, zum Bunkerbau in der Schweiz während des Kalten Krieges, zum Schweizer Söldnerwesen, zur Reformation, zur Geschichte führender Schweizer Unternehmen und zu vielem mehr geforscht. Ich könnte diese Liste beliebig weiterführen.

Diese Ausdifferenzierung folgt internationalen Forschungstrends. Im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung wird sichergestellt, dass die Schweizer Forschungslandschaft international anschlussfähig bleibt, Lehrstühle entsprechend besetzt und inhaltlich ausgerichtet werden. Dieses System hat zweifellos grosse Vorteile, weil

Entscheidungen stufengerecht gefällt werden, was seine Anpassungsfähigkeit fördert. Gleichzeitig erschwert es die strategische Bildung dauerhafter thematischer und methodischer Schwerpunkte. Wir stellen insgesamt fest, dass eine gewisse Überspezialisierung in unserer Disziplin Einzug hält, während die Geschichte staatlicher Institutionen – sei es für die moderne Schweiz wie auch die Alte Eidgenossenschaft nicht mehr die tragende Rolle in der Schweizer Geschichtswissenschaft spielt, die sie einst hatte. Damit einher geht eine gewisse Entpolitisierung von Teilen der Geschichtsschreibung. Dabei wären in Anbetracht der globalen Machtverschiebungen, ausländischen Desinformationskampagnen und Angriffen auf die Demokratie, Forschung und Lehre zur politischen Geschichte der Schweiz wünschenswert. Insbesondere fehlt ausgerechnet jetzt immer mehr eine wissenschaftlich fundierte, kritische historische Expertise im Bereich Militär und Sicherheit in der Schweiz. Was sind die Gründe dafür?

Diese Entwicklung ist nicht allein auf internationale Forschungstrends und der akademischen Selbstverwaltung zurückzuführen, sondern auch auf die politischen Rahmenbedingungen, in denen hierzulande Geschichtswissenschaften betrieben wird. Einen wichtigen Faktor haben wir an einer der letzten Sitzungen unserer Gruppe bereits besprochen: die normative Anpassung der Fördergefässe des Schweizerischen Nationalfonds an den Bedürfnissen der Naturwissenschaften. Eine unmittelbare Folge ist die Verkürzung der SNF-Stipendien von früher 6 auf heute maximal 4 Jahre für Doktoranden. Umfangreiche Archivrecherchen von bis zu zwei Jahren, wie sie früher in der Geschichtswissenschaft üblich waren, lassen sich unter diesen Bedingungen nicht mehr umsetzen. Die Folge sind kleinteilig modellierte Forschungsprojekte, die grosse Synthesen erschweren. Wir werden uns im Rahmen der BFI-Botschaft 2029–2032 dafür einsetzen, dass dieses System überdenkt wird.

Ein anderer wichtiger Faktor ist der ungenügende Zugang zu den zentralen Akten im Schweizerischen Bundesarchiv (BAR). Aufgrund vergangener Sparmassnahmen entspricht dieser seit längerer Zeit nicht mehr den Anforderungen der Forschung. So ist der Lesesaal nur noch an drei Tagen pro Woche geöffnet und der digitale Zugang erlaubt bloss die Bestellung eines Dossiers aufs Mal mit Wartefristen von bis zu über zwei Wochen. Für grössere Forschungsprojekte wie Dissertationen und Habilitationen, bei denen innert kurzer Zeit hunderte, wenn nicht tausende Dossiers durchgearbeitet werden müssen, ist das zu wenig. Grossangelegte Forschungsprojekte wie wissenschaftliche Editionen dürfen nicht an fehlenden Ressourcen des Bundesarchivs scheitern. Hinzu kommen teils langwierige und mühselige Verfahren für Einsichtsgesuche für Akten, die noch unter Schutzfrist stehen. In Anbetracht der kurzen Stipendienzeit, die Forschenden zur Verfügung steht, vermag es nicht zu verwundern, dass sie sich immer mehr Themen zuwenden, bei denen staatliche Bestände

keine zentrale Rolle spielen. Die Folge ist, dass Themen, bei denen der Schweizer Staat im Zentrum steht, zusehends an Bedeutung verlieren.

Nun da wir eine Auslegeordnung der Forschungslandschaft zur Schweizer Geschichte vorgenommen haben, möchte ich Kijan Espahangizi bitten, uns einen Überblick über den Stand der Schweizer Geschichte in den Schulen zu geben.

Teil Kijan Espahangizi – Schule

Wenn wir heute über die Herausforderungen der Schule sprechen, reden wir viel über KI und Digitalisierung, über einen sich wandelnden Arbeitsmarkt, vielleicht über Migration, geopolitische Konflikte und die Krise der Demokratie. Einige schliessen daraus, dass wir an den Schulen mehr Zeit in Zukunftsthemen stecken sollten, als uns mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ich möchte im Folgenden argumentieren, warum wir an Schulen tatsächlich nicht weniger, sondern mehr Geschichte brauchen.

Dass es im Geschichtsunterricht vornehmlich um Vergangenes ginge, ist weit verbreitetes Missverständnis: In der historischen Bildung geht es vielmehr darum, einen sinnhaften Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen und erlebbar zu machen. Wie machen wir das? Wir stellen aus der Gegenwart heraus Fragen an die Vergangenheit, um zu verstehen, warum wir dort sind, wo wir heute stehen – und welche Möglichkeiten wir haben, Zukunft zu gestalten. Historische Bildung bietet somit Orientierung und stärkt das Bewusstsein für Freiheit. Von Quellenkritik, Analysefähigkeit und kritischem Denken ganz zu schweigen – alles Kompetenzen also, die im Zeitalter von KI sicher nicht weniger wichtig werden.

«Historische Bildung ist kein Luxus, sondern ein Fundament unserer Gesellschaft», haben wir deshalb letztes Jahr in unserem Plädoyer geschrieben.

Das gilt ganz besonders für die Geschichte des eigenen Landes. Landesgeschichte vermittelt nicht nur Wissen darüber, wie sich die Schweiz historisch entwickelt hat. Sie bietet auch Identifikationsmöglichkeiten, fördert Solidarität und Zugehörigkeit und stärkt damit Integration und gesellschaftliche Resilienz, was gerade auch sicherheitsstrategisch relevant ist. Manche sprechen heute wieder von geistiger Landesverteidigung. Der Begriff mag historisch belastet wirken – aber die Frage dahinter ist aktuell: Was müssen Menschen über ihr Land wissen, damit eine vielfältige Demokratie auch in Krisenzeiten zusammenhält?

Nun ist Schweizer Geschichte bekanntlich kein neutrales Gelände. Wir streiten über 1291 und 1848, über Neutralität und internationale Verflechtung, Erfolgsgeschichte und

Schattenseiten, Fakten und Mythen. Das ist gut so. Historische Kontroversen sind kein Problem, sie sind Grundlage einer lebendigen Demokratie. Problematisch wird es, wenn daraus Lagergeschichten werden, die nur noch der eigenen Selbstbestätigung dienen und spalten.

Deshalb brauchen wir nicht weniger Schweizer Geschichte, sondern bessere: vertieftes Wissen statt Schlagwörter, historische Zusammenhänge statt Schwarz-Weiss-Bilder. Keine verbindliche Meistererzählung, sondern die Fähigkeit, unterschiedliche Erzählungen über die Schweiz historisch zu prüfen und als gemeinsames kulturelles Erbe aufeinander zu beziehen.

Und hier kommen wir zu einem Paradox.

Das öffentliche Bedürfnis nach Geschichte ist gross. Geschichte ist überall: in politischen Debatten bis hin in den Sozialen Medien. Gleichzeitig steht Geschichte ausgerechnet dort unter Druck, wo ein grosser Teil der Bevölkerung sein Geschichtsbild entwickelt: in der Schule.

Auf der Sekundarstufe I ist Geschichte in den meisten Kantonen nicht mehr als eigenständiges Fach sichtbar, sondern Teil von «Räume, Zeiten, Gesellschaften». In der Berufsschule ist Geschichte faktisch inexistent. Gleichzeitig sind die Ansprüche gestiegen. Schülerinnen und Schüler sollen nicht bloss Jahreszahlen kennen, sondern Quellen beurteilen, Perspektiven vergleichen, historische Erzählungen hinterfragen und Gegenwartsbezüge herstellen.

Wir erwarten also immer mehr von historischer Bildung, geben ihr aber weniger Raum.

Ich erlebe die Folgen in der Lehrpersonenausbildung. Schweizer Geschichte gilt vielen meiner Studierenden zunächst als langweilig, unwichtig, ja sogar problematisch. Das Wissen ist oft überschaubar, die Meinungen dagegen erstaunlich bestimmt. Sobald wir aber genauer hinschauen, passiert etwas Interessantes: Wir reden über 1291 und 1848, Integration und Ausschluss, Neutralität und internationale Verflechtung, wirtschaftlichen Erfolg und Schattenseiten, Migration und die Frage, wer eigentlich zu diesem «Wir» der Schweiz gehört. Plötzlich wird Schweizer Geschichte zu einer hochinteressanten hochrelevanten Auseinandersetzung mit dem eigenen Gemeinwesen. Genau diese Erfahrung steht auch hinter dem Praxisbericht, den wir Ihnen heute mitgebracht haben (Kopien ausgelegt).

Um das dann auch im Unterricht umsetzen zu können, brauchen Lehrpersonen an den Schulen aber Zeit, Ressourcen – und einen sichtbaren Ort für Geschichte.

Die laufende Maturitätsreform hat gezeigt, dass politischer Einsatz für die Stellung eines Faches einen Unterschied machen kann. Und bekanntlich ist nach der Reform vor der nächsten Reform.

Geben wir also, wenn es soweit ist, der Geschichte auf der Sekundarstufe I und in den Berufsschulen wieder den Platz, den wir gesellschaftlich längst von ihr verlangen – als eigenständiges Fach mit ausreichend Unterrichtsstunden.

Denn wer von jungen Menschen erwartet, dass sie die Zukunft der Schweiz mitgestalten, muss ihnen auch die Zeit geben, ihre Geschichte zu verstehen.

Teil Franziska Zaugg – MilAK / BAR / Quellenzugang

Neben einer Stärkung des Geschichtsunterrichts müssen wir uns überlegen, was die historische Forschung in der Schweiz zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik beitragen kann. In diesem Bereich müssen wir feststellen, dass historische Forschung zur Militär- und Sicherheitspolitik in der Schweiz ein Schattendasein fristet.

An den Schweizer Hochschulen wurden entsprechende Lehrstühle in den letzten 25 Jahren allesamt thematisch neu ausgerichtet, so dass das Thema kaum mehr in der hiesigen Forschungslandschaft verankert ist.

Dabei wäre es aus unserer Sicht zentral, sicherheits- und militärhistorische Forschung und Lehre strategisch in der hiesigen Hochschullandschaft zu positionieren und sie zu stärken.

Wir beobachten mit Sorge, dass zusehends die historische Expertise in sicherheits- und militärhistorischen Fragen in der Schweiz verloren geht. Dabei wäre diese Expertise wichtig, um aktuelle sicherheitspolitische Debatten in den Medien kommentieren und historisch einordnen zu können.

Und so sehr wir uns freuen, dass mit Martin Pfister selber ein Historiker als Departementsvorsteher fungiert, braucht es auch im VBS Mitarbeitende, die eine historische Expertise in sicherheits- und militärhistorischen Fragen mitbringen. Es gibt nämlich Muster und Strukturen in der Geschichte, die einander ähneln und die historische Strukturvergleiche ermöglichen.

Etwas historisches «Fingerspitzengefühl» könnte also helfen, aus der Vergangenheit zu lernen – gerade weil wir momentan in einer Zeit leben, in der rasch tragfähige Antworten in der Schweizer Sicherheitspolitik gefunden werden müssen.

Unabhängige Forschung zu sicherheits- und militärhistorischen Fragestellungen mit Bezug zur Schweiz ist heute ausschliesslich an der Militärakademie an der ETH Zürich fest verankert. Die MILAK betreibt diese Forschung qua Amt. Sie macht keine departementale Auftragsforschung.

Sie ist also frei, unabhängig, kritisch und versteht ihren Forschungsgegenstand eingebettet in grössere politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Fragestellungen. Mittlerweile ist die MILAK die fast einzige Institution in der Schweiz, die gesellschaftliche Informations- und Bildungsbedürfnisse zu sicherheits- und militärhistorischen Themen der Schweiz abdecken kann.

In ihrer aktuellen Form ist die MILAK allerdings strukturell zurückgebunden, denn ihre Lehrveranstaltungen können von zivilen Studierenden nicht belegt werden und sie hat auch kein Promotionsrecht.

Aus unserer Sicht wäre es daher dringend angezeigt, die MILAK strukturell zu stärken, indem wir sie aus dem heutigen Korsett befreien würden. Vorbild dafür könnte bspw. die Eidgenössischen Hochschule für Sport in Magglingen sein. Damit würde die MILAK nicht nur für zivile Studierende geöffnet, sondern die geisteswissenschaftliche Forschung zu Sicherheit und Militär nachhaltig in der hiesigen Hochschullandschaft verankert und die nationale und internationale Kooperation gestärkt. Eine entsprechende Initiative in diese Richtung seitens des Bundesrates oder des Parlaments würden wir sehr begrüssen.

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Die SGG unterstützt *jede* Form von fundierter Schweizer Geschichte. Wir begrüssen somit auch die Initiative des Bundesamtes für Kultur, die Verfolgung der Sinti und Jenischen in der Schweiz zu erforschen und haben dem BAK auch unsere Unterstützung angeboten. Gleichzeitig sind wir sehr dankbar, dass mit der Interpellation und nun einem Postulat von Nadine Masshardt endlich die Möglichkeit erörtert wird, dass Bankkundenarchive für Forschende geöffnet werden können – dies nicht als Zwang, sondern mehr als Möglichkeit für die Banken in unserem Land.

Letztlich hängt allerdings jede Beschäftigung mit der Schweizer Geschichte von den Zugangsbedingungen zu den Archiven ab – ohne Archivzugang kann es keine Forschung geben. Für die Schweizer Geschichte ist das Bundesarchiv, das BAR die wichtigste Forschungsinfrastruktur. Je besser der Zugang für Forschende zum BAR, desto produktiver ist die Forschung zur Schweizer Geschichte – insbesondere zur Geschichte der Schweizer Politik und zu den Institutionen der Eidgenossenschaft. Wird der Zugang eingeschränkt, können staatspolitisch wichtige Themen nicht mehr erforscht werden. [**SLIDE**]

Bereits heute wird der Zugang zu den Beständen des BAR nur noch bedingt den Bedürfnissen der Forschung gerecht.

Flavio Eichmann hat es erwähnt: Der Lesesaal ist nur an drei Tagen pro Woche geöffnet; die digitalen Zugangsmöglichkeiten sind für grössere Forschungsprojekte aufgrund zahlreicher Einschränkungen *nicht* ausreichend. Die Online-Findmittel für die nach Personennamen erschlossenen Akten des BAR wurden aufgrund von Vorgaben des Daten- und Persönlichkeitsschutz teilweise geschwärzt, so dass sich eine unabhängige Suche nach Namen nur unter sehr hohem Aufwand bewerkstelligen lässt, wenn nicht gänzlich unmöglich ist. Wir brauchen also dringend Verbesserungen beim Archivzugang!

- Es kann nicht sein, dass sich Forschende für Recherchen nach Personendossiers an das Personal des Bundesarchivs wenden müssen, damit es diese Suchen für uns durchführt. Das ist nicht nur völlig ineffizient, sondern birgt auch die Gefahr, dass dem BAR vorgeworfen wird, historische Forschung zu unterbinden oder zu zensurieren. In Anbetracht der knappen Mittel braucht es hier bessere Lösungen!
- Es kann nicht sein, dass wir an vier Tagen pro Woche vor den verschlossenen Türen des BAR stehen und pro digitale Anfrage nur ein Dossier online aufs Mal bestellen können und dann bis zu zwei Wochen warten müssen, bis wir das Digitalisat erhalten.
- Es kann nicht sein, dass grossangelegte Forschungsprojekte zur Schweizer Geschichte nicht mehr durchgeführt werden können, weil dem BAR die Ressourcen fehlen, um die dafür benötigten Archivakten bereitzustellen.

Das BAR muss also wieder in die Lage versetzt werden, die Forschung zu unterstützen und ihr die Akten rasch und effizient zur Verfügung zu stellen.

Dafür sind entsprechende Mittel in der Höhe von mindestens 250'000 CHF jährlich bereit zu stellen. Die Probleme beim Archivzugang für die Forschung sind Ergebnis vergangener Sparmassnahmen des BAR, um bei gleichbleibendem Budget die zahlreichen zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Kostentreiber sind vor allem die exponentiell wachsenden Datenmengen der Bundesverwaltung, die das BAR zu archivieren hat, in deren Folge sich die analogen Bestände des BAR voraussichtlich mehr als verdoppeln und die digitalen Bestände um ca. 270 % zunehmen werden.

Daraus entstehen rasch steigende Kosten für die analoge und digitale Archivierung, die das BAR aus dem laufenden Budget zu finanzieren hat. Gleichzeitig wachsen auch die digitalen Nutzungsanfragen stark, was ebenfalls steigende Kosten nach sich zieht. Insgesamt rechnet das BAR mit Mehrkosten in der Höhe von 4.1 Mio. CHF jährlich, um die digitale und analoge Archivierung sicherzustellen und damit den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Schliesslich müssen neue gesetzliche Vorgaben im Bereich des Datenschutzes sowie der Informationssicherheit umgesetzt und die verwaltungsübergreifende Dateninfrastruktur betrieben werden, was ebenfalls mit hohen zusätzlichen Kosten in der Höhe von 1.9 Mio. CHF pro Jahr verbunden ist. Die Ausgaben des BAR wachsen demnach mit der strukturellen Entwicklung innerhalb der Bundesverwaltung, ohne dass es darauf Einfluss nehmen könnte.

Die nun ab 2027 vorgesehen Budgetkürzungen beim BAR von rund 1.3 Mio. CHF und ab 2028 1.8 Mio. CHF drohen den Zugang zu den Akten weiter zu verschlechtern, wenn nicht ganz zu verunmöglichen, was jede wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der Schweiz abwürgen würde.

Der Grund ist einfach: Das BAR priorisiert richtigerweise die Sicherung der Akten vor der Gewährung des Zugangs. Aber selbst die Sicherung wäre mit den Budgetkürzungen nicht mehr gewährleistet, so dass Überlieferungslücken drohen, durch die staatliches Handeln nicht mehr rekonstruiert werden kann. Die Möglichkeit zur späteren Rekonstruktion und Erforschung staatlichen Handelns stellt aber eine zentrale Voraussetzung des demokratischen Staats dar.

Die ausbleibenden Investitionen in die analoge und digitale Infrastruktur müssen schliesslich später zu weit höheren Kosten nachgeholt werden. Das Bundesarchiv rechnet insgesamt bis 2030 mit einem Mehrbedarf von 25 Mio. CHF, was pro Jahr rund 6.25 Mio. CHF bedeutet, um die oben skizzierten Kosten decken zu können. Im Wissen um den begrenzten finanziellen Handlungsspielraum möchten wir Sie eindringlich bitten, diese Überlegungen bei der Budgetdebatte 2027 zu berücksichtigen.

Neben der Finanzierung der Forschungsinfrastruktur brauchen wir aber auch einen Geisteswandel innerhalb der Bundesverwaltung. Die ängstliche Haltung bei der Beantwortung von Einsichtsgesuchen gemäss dem Bundesgesetz über die Archivierung, man könne mit einem einzigen Personendossier die Sicherheit der Schweiz gefährden, die Persönlichkeitsrechte längst verstorbener Beamter verletzen oder Geschäftsgeheimnisse Konkurs gegangener Unternehmen verraten, muss aufhören.

Vor zwei Wochen hat das Bundesverwaltungsgericht daher richtigerweise festgestellt, dass Forschende selber für die Wahrung des Persönlichkeitsschutzes verantwortlich sind. Diese Igel-mentalität führt nur zu hohen Kosten und vergeudeter Zeit aufseiten der Forschenden als auch der Bundesverwaltung.

Wir begrüssen daher den jüngsten Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Schutzfristen über 50 Jahre mindestens einen Entscheid des Bundesrates erfordern. Wir hoffen, dass damit der grossflächigen Verhängung von Schutzfristen von 80, 100 oder gar 120 Jahren endlich Einhalt geboten wird, denn wenn die jüngste Geschichte staatlicher Institutionen nicht mehr erforscht werden kann, wird sich die historische Forschung zwangsläufig weiter entpolitisieren und keinen Beitrag mehr zu aktuellen politischen Debatten leisten können.

Ich komme zum Schluss.

Das Bundesarchiv hat ein starkes Motto: «Keine Demokratie ohne Archive». Das ist wahr. Aber noch treffender ist: «Keine Demokratie ohne Zugang zu Archiven».

Wenn uns also etwas an Schweizer Geschichte liegt, sollten wir Sorge zum Bundesarchiv tragen, eine liberale Archivpolitik verfolgen, daran arbeiten, dass die kritische Sicherheits- und Militärgeschichte gerade im Hinblick auf den derzeitigen weltpolitischen Wandel gestärkt wird und Geschichte in der Schule wieder als eigenständiges Fach geführt wird, damit die nächsten Generationen das Wissen und die Kompetenzen erhalten, um die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.

Für Ihre Unterstützung in diesen politischen Anliegen danken wir Ihnen schon jetzt ganz herzlich!